

Czesław Łuczak (Poznań)

DIE ÖKONOMISCHE POLITIK DEUTSCHLANDS GEGENÜBER DEM POLNISCHEN KÖNIGREICH IM ERSTEN WELTKRIEG

Die vom Deutschen Reich in der Anfangsphase des I. Weltkrieges an der Ostfront errungenen militärischen Siege und die als ihr Resultat erfolgte Besetzung eines Teiles des Polnischen Königreiches trugen zur Entwicklung der bereits vorhandenen und Entstehung neuer Germanisierungspläne der an die östliche Staatsgrenze Deutschlands anrainenden Gebiete bei. In diesen Plänen wurde vor allem die Gründung eines von den Deutschen besiedelten Grenzgebietes im westlichen Teil des Polnischen Königreiches postuliert. Es sollte die Polen der preußischen Besatzungszone von ihren im Polnischen Königreich wohnhaften Landsleuten trennen. Der territoriale Raum jenes Gebietes wurde in einzelnen Plänen unterschiedlich bestimmt, meistens wurde jedoch die Anlehnung an die Warthe, Narew, Biebrza und den Memel vorgesehen¹.

Von den zahlreichen derartig erarbeiteten Plänen fanden die von Alldeutschem Verband, Deutschem Ostmarkenverein, deutschen Wirtschafts- und Militärverbänden, einer Gruppe der Deutschen Intellektuellen und Vertretern der deutschen Minderheit im Polnischen Königreich aufgestellten den größten Widerhall. Der Alldeutsche Verband forderte schon auf einer am 28. August 1914 stattgefundenen Vorstandsversammlung den Anschluß eines Teiles des Polnischen Königreiches an Deutschland. Diese Forderungen enthielt auch die von ihm im Herbst 1914 erarbeitete Sondererklärung². Der Deutsche Ostmarkenverein postulierte in den Kriegsjahren mehrmals, die Grenzgebiete des Polnischen Königreiches an das Reich anzuschließen, in einer Erklärung vom April 1916 schlug er vor, den annektierten Gebieten „vorläufig den Status der europäischen Kolonie des Deutschen Reiches“ zu verleihen und auf ihnen die militärische

¹ I. Geiss, *Das sog. polnische Grenzgebiet 1914–1918* (Zit.: I. Geiss, *Das sog. Grenzgebiet...*), S. 260f; J. Marczewski, *Hitlers koloniasatorisch-aussiedlerische Politikkonzeption und ihre Ausführung im „Warthegau“*.

² J. Marczewski, *Hitlers...*, S. 53.

Verwaltung zu gründen.³ Industriellen, vor allem den aus Schlesien stammenden, lag es viel daran, Deutschland das Sosnowiec-Eichenauer Industriegebiet einzuverleiben.⁴ Andere Vertreter der Wirtschaftssphären begründeten in den von 10. März und 20. Mai 1915 datierten Erklärungen die Notwendigkeit das Territorium des Reiches um die landwirtschaftlichen Gebiete des Polnischen Königreiches zu vergrößern, mit der Sorge um die künftige Sicherung der ausreichenden Nahrungsmittelreserven für die deutsche Bevölkerung.⁵ Die militärischen Kreise meldeten während des Krieges mehrmals die Forderung an, die östliche Staatsgrenze Deutschlands aus militärischen Gründen an die Biebrza-Narew-Bzura-Warthe Linie zu verschieben.⁶

In einer anderen Erklärung vom 8. Juli, die von 1347 deutschen Intellektuellen unterschrieben wurde (deshalb wird sie manchmal Erklärung der Intellektuellen oder Professoren genannt), forderte man für Deutschland neue Ansiedlungsgebiete im Osten und die Bildung eines die Grenzen der Posener Provinz, Schlesiens und Ostpreußens entlang verlaufenden Deutschtumsdammes im Polnischen Königreich, der eine Sperre gegen den Andrang des Slawentums bilden sollte.⁷ Die Gründung des Sicherheitsgebietes für die bedrohte Deutsche Ostmark verlangten auch Deutsche aus Lodz in einer Erklärung vom 9. Dezember 1915, in der sie eine solche Verschiebung der Reichsgrenze nach Osten postulierten, daß sich die größeren Gruppen der im Westen des Polnischen Königreiches wohnhaften deutschen Bevölkerung auf dem Territorium des Reiches hätten befinden können. Diese neuen deutschen Ostgebiete sollten ihrer Meinung nach u.a. auch Lodz, Kalisch, Piotrkow umfassen.⁸

Die Realisierung von jedem der genannten und allen übrigen Plänen der Annexion eines Teiles des Polnischen Königreiches von dem Deutschen Reich verband man mit der Aussiedlung der dort ansässigen polnischen Bevölkerung und Ansiedlung der Deutschen an ihrer Stelle. Je nach der vorgeschlagenen Größe des Grenzgebietes wurde die Übersiedlung von 1,6 bis 3 Mill. Polen und Juden in das übriggebliebene Gebiet des Polnischen Königreiches vorgesehen. Für die in diesen Übersiedlungsplänen berücksichtigten polnischen Bauern wurde die Zuweisung von den infolge der Parzellarvermessung der russischen Landgüter gewonnenen oder von den ins Reich zurückkehrenden Deutschen hinterlassenen Grundstücken am neuen Wohnort vorgesehen.⁹ Die deutschen Behörden hatten keine Absicht mit der Ausführung von

³ Der Deutsche Ostmarkenverein und die polnische Frage während des Krieges August 1914/Januar 1918, Berlin b.d. (Zit.: Der Deutsche Ostmarkenverein...) S. 7–15.

⁴ H. Tennenbaum, Das deutsch-polnische Wirtschaftsbündnis. „Polnische Blätter“, 1918, H. 94, S. 118.

⁵ D. Eichholtz, *Der „Generalplan Ost“. Über eine Ausgeburts imperialistischer Denkart und Politik* (mit Dokumenten). „Jahrbuch für Geschichte“, B.26 (Zit.: D. Eichholtz, „Der Generalplan Ost“), S. 231.

⁶ J. Marczewski, *Hitlers ...*, S. 57.

⁷ D. Eichholtz, *Der „Generalplan Ost“*, S. 254f.

⁸ G. Zorn, *Nach Ostland geht unser Ritt*. Bonn 1980, S. 39f.

⁹ Bundesarchiv Koblenz (Zit.: BAK) – Nachlass von Baseler Nr.. N30/25, S. 67; I. Geiss, *Das sog. Grenzgebiet...*, S. 88 und 260f.

einem Teil dieser Pläne bis zum Ende des Krieges zu warten, wovon der im Dezember 1917 Wolfgang von Kriesow, dem Chef der deutschen Zivilverwaltung in Warschau, mündlich gegebene Befehl, die Aussiedlung von Polen und Juden aus dem Grenzgebiet anzufangen, zeugt. Wegen des für Deutschland ungünstigen Kriegsverlaufs konnte diese Aktion über das Anfangsstadium nicht hinaus.¹⁰

Das von der polnischen Bevölkerung freigemachte Grenzgebiet sollte mit den aus dem Reich herbeigeholten oder aus dem restlichen Teil des Polnischen Königreiches, Galizien, sowie anderen Gebieten Rußlands übersiedelten Deutschen bevölkert werden.¹¹ Der Deutsche Ostmarkenverein sah darüber hinaus die Besiedlung des Grenzgebietes mit den in der Schweiz und Holland angeworbenen Deutschen vor.¹² Die Konzeption der Bildung des deutschen Ansiedlungsgebietes im Polnischen Königreich rief in manchen Kreisen der deutschen Gesellschaft Begeisterung hervor, so daß für ihre Ausführung sogar Geldspenden dargebracht wurden. Unter den Spendern befand sich auch die Firma Krupp, die im Oktober 1915 für diesen Zweck eine sich auf 3,2 Mill. Mark belaufende Summe assignierte. An der Verwaltung von diesem Fonds war auch der Deutsche Ostmarkenverein beteiligt.¹³ Ungefähr in der gleichen Zeit brachte ein deutscher Geistlicher, Lemme, in Halle Opfer an Geld in Höhe von einem Tausend Mark für „die Errichtung eines starken Dammes der deutschen Bauernschaft die künftige Ostgrenze Deutschlands entlang“.¹⁴ Viele Deutsche schlugen vor, der Ansiedlungsaktion im Grenzgebiet Organisationshilfe zu leisten. Zu ihnen gehörte der Hauptvorstand der westpreußischen Provinz, der die Ansiedlungsaktion auf diesem Gebiet der bereits in diesem Bereich erfahrenen Ansiedlungskommission zu überreichen empfahl.¹⁵

Während des 1. Weltkrieges mangelte es auch nicht an Stimmen, die die Germanisierung des ganzen Territoriums des Polnischen Königreiches forderten. Sie tauchten u.a. 1915 in einer Erklärung der Hamburger Abteilung des Alldeutschen Verbandes und im vom 25. Juli 1919 datierten Schreiben eines aus dieser Stadt stammenden und dem genannten Verband angehörenden Deutschen namens J. Mannske auf, der noch zu jener Zeit die Bildung „eines geheimen Wirtschaftsverbandes, vielleicht in Form einer Loge, dessen Bestehen vor den Polen geheimgehalten werden soll“, vorschlug. „Sein Ziel sollte es sein, die Polen in wirtschaftlicher Hinsicht zu schwächen, ihre Anzahl durch Förderung der Auswanderung zu verringern, vor allem aber Polen mit Hilfe von allen Mitteln mit Deutschen zu besiedeln“. Polen sei nämlich, schrieb Mannske, „unsere Ansiedlungskolonie“.¹⁶

¹⁰ J. Marczewski, *Hitlers...*, S. 57.

¹¹ J. Berger, Einer der deutschen Polenaussiedlungspläne im I. Weltkrieg. „Westrevue“, 1949, Nr. 1/2, S. 99; D. Eichholtz, Der „Generalplan Ost“, S. 255; I. Geiss, Das sog. Grenzgebiet..., S. 76-79.

¹² Der Deutsche Ostmarkenverein..., S. 7-15.

¹³ Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Bd. I-II. Leipzig 1968-1970. Bd. I, S. 509.

¹⁴ Archiv für innere Kolonisation. Berlin. Bd. 8, S. 269.

¹⁵ A. Galos, F. H. Gentzen, W. Jakóbczyk, „Die Geschichte der Hakata“, Poznań 1966, S. 32.

¹⁶ BAK – Abteilung Potsdam – Alldeutscher Verband Nr. 205, S. 315-319.

Die deutschen militärischen Behörden in der Besatzungszone des Polnischen Königreiches trug sich auch mit dem Gedanken herum, die Anzahl der polnischen Bevölkerung durch Auswanderungen zu senken. In den Jahren 1915–1916 wurde die polnische und jüdische Bevölkerung des unter deutscher Verwaltung stehenden Gebietes zur freiwilligen Auswanderung aufgerufen, die anfangs nur die vom Militärdienst freigestellten Personen und seit 1916 ausschließlich die zu körperlicher Arbeit Unfähigen umfassen konnte. Um derlei Auswanderung zu erleichtern, gab die Militärmacht ihre Zustimmung zur Errichtung der auf diesem Gebiet spezialisierten Stellen, die sich mit den Auswanderungsangelegenheiten beschäftigen sollten, und zwar: des Reisebüros und des Jüdischen Auskunft- und Auswanderungsbüros; die Beförderung der aus dem Polnischen Königreich auswandernden Personen auf den zu den Reedern neutraler Staaten gehörenden Schiffen wurde ebenfalls akzeptiert. Die Reichsregierung fing an, über die deutschen Konsulate dafür zu werben, daß die in amerikanischen Staaten wohnhaften Polen ihre Landsleute aus dem Polnischen Königreich in ihre Fußstapfen zu treten überredeten. Diese Kampagne hatte nur geringen Erfolg, da sich nur manche für bereit erklärten, ihre nächsten Verwandten aus dem von Deutschland besetzten Teil des Polnischen Königreiches in das Land ihres Aufenthaltes zu überführen.¹⁷ Wir verfügen leider über keine Informationen bezüglich der Anzahl von Personen, die in den Kriegsjahren in die amerikanischen Länder emigrierten. Man soll annehmen, daß ihre Zahl einige Hundert Personen nicht überschritt. Indem sich der Krieg verlängerte, erlaubten die deutschen Behörden nur Greisen, kranken Frauen und ein paar Jahre alten Kindern auszureisen¹⁸, also Personen, die wahrscheinlich ihr Heimatland ohne die übrigen Familienmitglieder nicht verlassen konnten, zumal sich das alles in der Zeit der militärischen Kämpfe vollziehen sollte. Die Unterstützung dieser Emigration hatte zum Ziel, wie die militärischen Behörden in dem besetzten Teil des Polnischen Königreiches behaupteten, „ das Land von den überflüssigen Brotverzellern zu befreien“¹⁹, in Wirklichkeit hatte sie dagegen auch einen politischen Grund, der sich im Streben nach der Verringerung der Polenanzahl auf diesem Gebiet offenbarte.

Die vom Reich im ersten Weltkrieg erlittene Niederlage machte die Verwirklichung der besprochenen Ansiedlungspläne im Polnischen Königreich unmöglich.

Die in der Anfangsperiode des Krieges verzeichneten militärischen Erfolge und die daraus resultierte Besatzung von etlichen Gebieten der feindlichen Länder machten die Strebungen nach der Sicherung der wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands in Europa lebendig. Zur Erreichung dieses Zieles sollte u.a. die Schaffung einer Union zwischen dem Reich und manchen europäischen Ländern

¹⁷ BAK – Abteilung Potsdam – Auswärtiges Amt (Zit.:AA) Nr. 30022, S. 1, 13, 27, 55, 59, 81, 99 und 153.

¹⁸ BAK – Abteilung Potsdam – AA Nr. 30022, S. 58-61.

¹⁹ BAK – Abteilung Potsdam – AA Nr. 30022, S. 90.

und in einer weiteren Etappe die Bildung des ökonomischen Staatenverbundes unter der Leitung Deutschlands. In den im Zusammenhang mit diesen Konzeptionen erwogenen Plänen wurde auch das Gebiet des Polnischen Königreiches berücksichtigt. Den Entwurf seines Anschlusses an das deutsche Zollgebiet erwog man in den Regierungskreisen bereits um die Hälfte 1916.²⁰ Im Dezember dieses Jahres fand er die Unterstützung der Reichsbank, die obendrein verlangte, im Polnischen Königreich ausschließlich deutsche Währung in Umlauf zu setzen, also eine Währungsunion zu schließen.²¹ Für die Schließung der Zollunion zwischen dem Polnischen Königreich und Deutschland plädierte im Mai 1917 im Reichsparlament der Abgeordnete Erzberger.²² Trotz des für das Reich erwarteten Gewinns, der aus der Schließung der Zollunion mit dem Polnischen Königreich zu schlagen war, verwirklichte man diesen Vorsatz bis zum Ende des Krieges nicht. Hierfür war der von Deutschland aus der Besatzung eines Teiles des Polnischen Königreiches gezogene Nutzen, der ebenfalls durch die Unterschreibung des Zollunionvertrages gesichert werden konnte, entscheidend. In den konkreten Bedingungen des Besatzungsstatutes des Polnischen Königreiches erwies sich die formelle Zollunion für die deutschen Interessen als überflüssig.

In den Kriegsjahren stieß die Idee der Gründung des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes in den Wirtschaftskreisen und in manchen höheren Beamtenphären des Reiches auf Begeisterung. Die Aufnahme des Polnischen Königreiches in diesen Verband wurde in verschiedenen Konzeptionsvarianten vorgesehen. Dies bezog sich auch auf die am 27. August 1915 vom deutschen Generalkonsul in Warschau, Albrecht von Rechenberg, vorgestellte Vision eines künftigen wirtschaftlichen Großgebietes, das von Deutschland, Österreich-Ungarn, Polnischem Königreich sowie Litauen, Lettland und Estland gebildet werden sollte. Diese Konzeption knüpfte an den 1912 von Walther Rathenauer ausgearbeiteten Entwurf der Schließung einer Zollunion zwischen dem Reich und Österreich-Ungarn.²³

In einer Erklärung vom 9. Oktober 1914 postulierte der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg die Entstehung des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes. Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polnisches Königreich und eventuell Italien, Schweden und Norwegen sollten jenen Verband bilden.²⁴ Den Vorschlag, das Polnische Königreich in den mitteleuropäischen Wirtschaftsverband aufzunehmen, machte im Oktober 1916 und im März 1917 die Handelskammer in Opole.²⁵ Die Aufnahme

²⁰ BAK – Abteilung Merseburg – Rep.77 Tit. 1884 Nr. 3, S. 85.

²¹ BAK – Abteilung Merseburg – Rep.151 HB Nr. 1711, S. 61.

²² BAK – Abteilung Potsdam – Reichstag Nr. 1711, S. 77.

²³ Deutschland im ersten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von T. Klein. Bd. 1–3. Berlin 1968–1969. Bd. 1, S. 353–371.

²⁴ R. Kühl, *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*. Köln 1975, S. 24f.

²⁵ Das Archiv der neueren Akten Warszawa (Zit.: AAN) – Büro der Kongressarbeiten (Zit. Bdk) Nr. 29, S. 1f.

des Polnischen Königreiches in die geplante Wirtschaftsgemeinschaft war vor allem auf die Sicherung der Absatzmärkte für die im Reich hergestellten Industriewaren und die Schaffung neuer Versorgungsmöglichkeiten mit gefragten Nahrungsmitteln und manchen Rohstoffen zurückzuführen.²⁶ Alle Autoren der Gründungsentwürfe der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft setzten die deutsche Hegemonie in ihr voraus. Die Position Deutschlands sollte in diesem Fall, wie Walther Rathenauer erklärte, stärker sein als die von Preußen unter den Reichsbundesländern gespielte Rolle. Die Kriegsniederlage Deutschlands machte die Verwirklichung jener Pläne unmöglich.

Nur vorläufige Ziele setzten sich die deutschen Behörden bei der Realisierung der ökonomischen Politik im besetzten Teil des Polnischen Königreiches. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, das dort angetroffene Wirtschaftspotential für die Deckung des Kriegsbedarfs des Reiches maximal auszunutzen. Diesen Vorsätzen blieben die deutschen Behörden bis zum Ende des Krieges treu.²⁷

Die rücksichtslose ökonomische Ausbeutung des Polnischen Königreiches begann mit dem Einmarsch der deutschen Truppen und nahm verschiedene Formen an. Von der eroberten Bevölkerung wurden die Requisitionen am schmerzlichsten empfunden; unter diesem Begriff verstand man die Pflicht, auf Forderung der Besatzungsbehörden unter Strafandrohung verschiedene Güter gegen Äquivalent zu liefern. Die Requisitionen betrafen die ganze Bevölkerung, es wurde keine Rücksicht auf die Nationalität genommen. Beschlagnahmt wurden in der Praxis vor allem alle Mobilien, darunter vor allem Landwirtschafts-, Zucht- und Waldprodukte; Rohstoffe, Produktionsmittel und Dienstleistungen, Industrievorrichtungen, Möbel und andere Teile der Wohnraumeinrichtung, Kirchenglocken, metallene Dacheindeckungen und verschiedene Handelsartikel. Für die beschlagnahmten Gegenstände wurde das volle Geldäquivalent lediglich Deutschen ausgezahlt, Personen anderer Nationalitäten erhielten maximal 50% vom Wert der gelieferten Waren.²⁸ Das vollständige quantitative Ausmaß der von Deutschland im Polnischen Königreich durchgeführten Requisitionen ist heute wegen des Mangels an ausführlichen Quelleninformationen nicht festzulegen. Wir verfügen in dieser Hinsicht nur über bruchstückhafte statistische Angaben, die jedoch für die Darstellung der Größe dieser Erscheinung ausreichen. Deutsche Behörden requirierten in der ganzen Besatzungsperiode im Polnischen Königreich 605 671,4 T Getreide im Wert von 220 853,6 tsd. Mark²⁹ und 35 100 Pferde, darunter 100 reinrassige Hengste³⁰, und bis zum Ende 1915 184 000 t Eisenerz³¹ und in der Zeit

²⁶ BAK – Abteilung Potsdam – Reichstag Nr. 1714, S. 203.

²⁷ BAK – Abteilung Potsdam – Reichskanzlei Nr. 2477, S. 186ff.; W. Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik*. Köln – Graz 1958 (Zit.: W. Conze, *Polnische Nation...*, S. 127.).

²⁸ AAN – BPK Nr. 29, S.1;Nr. 31, S.1-3;Nr. 33, S.10; Nr. 40, S.22; BAK – Abteilung Potsdam – AA Nr. 64303, S. 32, 62 und 289.

²⁹ AAN – Die Revindikationskommission beim Liquidationshauptamt (Zit.: RK LHA), Nr. 256.

³⁰ AAN – Präsidium des Ministerrates. Tagungsprotokolle (Zit. PdM Prot.), Nr. 18.

³¹ AAN-BPK Nr. 30, S. 14–17.

vom 26. Juli bis 18. September 1918 554 Pferdewagen.³² Im Bendziner Bezirk fielen unter Requisitionen im letzten Vierteljahr 1915 (in Tsd. T.): 140 Eisen und Metallschrott, 3071,6 Schwefelerze, 272 Zink, 29,37 Salpeter, 55 Baumwolle und 45,6 Rizinusöl.³³ In Lodz wurden 50% der dort beim Einmarsch der deutschen Truppen angetroffenen Rohstoffe und fertigen Produkte, 1300 km Ledergürtel, eine große Menge von Maschinen, Nahrungsmitteln, Matratzen und Decken beschlagnahmt.

Der Gesamtwert der während der ganzen Besatzung in Lodz beschlagnahmten Gegenstände betrug 1923, den Schätzungen nach, 30 Mill. US-Dollar und ein paar Jahre später 831 Mill. Zloty. Die deutschen Behörden berechneten 1930 ihren Wert auf „Hunderte von Millionen Mark“.³⁴ Die von der Warschauer Erzdiözese der römisch-katholischen Kirche, infolge der in Kirchen durchgeführten Requisitionen, erlittenen Verluste berechnete man auf 20 Mill. Rubel³⁵ (in laufenden Preisen). Die polnischen Behörden stellten 1927 an die deutsche Regierung finanzielle Forderungen wegen der nicht ausgeglichenen, sich auf 243 301 392 Francs in Gold belaufenden Verpflichtungen, die aus den vom Reich im Polnischen Königreich vorgenommenen Requisitionen resultierten. Die Behörden der Weimarer Republik bestritten im Prinzip die Höhe dieser Quote nicht, sie verweigerten aber ihre Auszahlung, indem sie sich auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages beriefen, der Deutschland von der Pflicht derartige Forderungen zu erfüllen, und dies nicht nur in bezug auf Polen, befreite.³⁶

Durch die durchgeführten Requisitionen erzielten die deutschen Behörden beträchtliche Gewinne, indessen sie die einheimische Bevölkerung des besetzten Teiles des Polnischen Königreiches schwere Verluste erleiden ließen. Infolge dieser Beschlagnahmungen gewann Deutschland große Mengen ihm nützlicher Nahrungsmittel und Kleidung, Rohstoffe, Beförderungsmittel, Produktionsvorrichtungen u.v.a. Die beschlagnahmten Lebensmittel dienten nicht nur zur Ernährung der im Polnischen Königreich stationierten deutschen Armee, sondern auch der sich an anderen Ostfrontstrecken befindenden Truppen sowie der Zivilbevölkerung im Reich. Die im Polnischen Königreich eingezogenen Rohstoffe ermöglichten die Produktionssteigerung mancher Waffen- und Uniformsorten. Die auf dem polnischen Boden beschlagnahmten Maschinen und Werkzeug steigerten die Produktivität mancher Industrieunternehmen im Reich oder aber wurden als wiederverwertbare Stoffe genutzt. Die Auszahlung von den deutschen Behörden eines niedrigen Geldäquivalents für die requirierten Gegenstände, das manchmal

³² Das Hauptarchiv der Altakten (Zit.: HAaA) – Generalgubernator Beseler (Zit.: GG Beseler) Nr. 2, S. 51.

³³ AAN – BPK Nr. 30, S. 3.

³⁴ BAK – Abteilung Potsdam – AA Nr. 64303, S. 62, 277; Nr. 65 669, S.179; Reichstag Nr. 1711, S.77; K. Kierski, Das polnisch-deutsche Liquidationsabkommen. „Die Rechts-, Wirtschafts- und Soziologiebewegung“, 1920, S. 88-98, Poznań.

³⁵ AAN – BPK Nr. 40, S. 22.

³⁶ BAK – Abteilung Potsdam – AA Nr. 64 303, S.155; Nr. 64 387, S.214.

kaum 10% ihres Wertes betrug, ermöglichte dem Reich erhebliche Budgeteinsparungen.³⁷

Die massenhaft durchgeführten Requisitionen beraubten die polnische Bevölkerung öfters der unentbehrlichen Nahrungsmittel, Kleidung, Grundeinrichtungen der Wohnräume, Arbeitszeugs und Brennstoffe. Infolge des Entzugs des Arbeitswerkzeugs verlor ein großer Teil der Bürger die Verdienstmöglichkeit im großen und ganzen und lebte in Not. Die Demontage der Maschinen und anderer Vorrichtungen und Beschlagnahme der Rohstoffe führte zu Verfall und Stilllegung eines großen Teiles von Betrieben und ferner zur Arbeitslosigkeit der dort Beschäftigten. Ein besonders großes Ausmaß nahm Demontage und Ausfuhr der technischen Einrichtungen der Industrieunternehmen in Lodz an, im Zusammenhang damit sprach man manchmal von der „Entindustrialisierung“ dieser Stadt von den Deutschen, die auf diese Weise den starken Konkurrenten der niederschlesischen und sächsischen Textilindustrie loszuwerden beabsichtigten³⁸.

Die Durchführung der Requisitionen an fast jedem Tag und zu jeder Zeit die ganze Besatzungsperiode über und der Entzug der noch vorhandenen Nahrungsreste verursachten bei der Bevölkerung ständige Angst um die nächste Zukunft. Der Massencharakter dieser Requisitionen, der sich sowohl in der ungeheuren Menge und Mannigfaltigkeit der beschlagnahmten Gegenstände, als auch in der Belastung mit dieser Leistung einer Unzahl von Familien äußerte, lag der Bestürzung der ganzen ausgebeuteten polnischen Gesellschaft zugrunde. Die schlug sich wiederum in Protesten, Verstecken von Gegenständen, die das Interesse der Deutschen wecken konnten sowie Verfassen von Gedichten und Liedern zu diesem Thema nieder.

Die deutschen Behörden vergrößerten die Vorräte an Nahrungsmitteln und anderen Artikeln auch durch Ankauf auf dem freien Markt. Bei der Abmachung des Geschäfts für manche Artikel nutzten die militärischen Behörden ihren aus der Position der Besatzungsmacht resultierenden Vorrang aus und unterboten den Preis für die zu erwerbende Ware, um sie folglich mit einem enormen Gewinn im Reich abzusetzen³⁹ (z.B. in Lodz kauften sie größere Menge Plüsch im Preis 5M/Meter und verkauften ihn kurz danach in Berlin zu 17M/Meter⁴⁰, also mit 240% Gewinn). Falls der Verkäufer auf einem mäßigen Preis bestand, beschlagnahmten die deutschen Behörden die zum Verkauf angebotene Ware unter dem Vorwand „einer frechen Forderung hoher Barzahlung“ und auf solche Weise bekamen sie die Ware gratis.⁴¹ Ein geringes Entgelt bekamen die

³⁷ AAN – BPK Nr. 31, S.4; BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151 HB Nr. 1197, S. 502–504.

³⁸ J. Rutkowski, Wirtschaftsgeschichte Polens. Bd. 1–2. Poznań 1947–1950 (Zit.: J.Rutkowski, Wirtschaftsgeschichte...), Bd. 2, S. 422f.

³⁹ BAK – Abteilung Potsdam – Reichstag Nr. 1711, S. 75–78; M. Nałęcz-Dobrowolski, Die Grausamkeiten der Deutschen in Ostgrenzgebieten Polens, Warszawa 1918 (Zit.: M. Nałęcz-Dobrowolski, Die Grausamkeiten...), S. 27 und 35f.

⁴⁰ BAK – Abteilung Potsdam – Reichstag Nr. 1711, S. 75–78.

⁴¹ BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151HB Nr. 1197, S. 502–504.

Polen ebenfalls für die im Rahmen der festgesetzten Kontingente gelieferten Landwirtschafts- und Zuchtprodukte.⁴²

Im besetzten Teil des Polnischen Königreiches waren die Deutschen auch darum bestrebt, sich das sich im Besitz der polnischen Bevölkerung befindende Gold und Silber anzueignen. Das Ziel sollte auf folgendem Weg erreicht werden: durch die Rückziehung der Gold- und Silbermünzen aus dem Verkehr, die Auferlegung, kraft der Verordnung des Polizeipräsidenten in Warschau vom 20. August 1917, einer in Gold zu zahlenden Sondersteuer von der industriellen Zuckerverarbeitung in Höhe 50 Mark pro 100 kg; Einführung der in Gold zu entrichtenden Gebühren für die Erteilung der Bahnfahrtgenehmigung, Errichtung der von den bevollmächtigten Kaufleuten geführten Ankaufsstellen für die erwähnten Edelmetalle; 1917 verzeichnete man 29 solche Stellen. Alle diese Unterfangen ermöglichten den Besatzungsbehörden die Ansammlung und den Ausfuhr ins Reich von insgesamt 6 T. Gold und 2 T. Silber im Gesamtwert von 64 Mill. Mark sowie verschiedenen anderen Kostbarkeiten, die mit 2 Mill. Mark bewertet wurden⁴³.

Mancher Güter ging die polnische Bevölkerung des besetzten Teiles des Polnischen Königreiches infolge der Aneignung von den deutschen Gendarmen verlustig, die vorwiegend mit Gewalt und ohne das Äquivalent nach Gebühr zu bezahlen, Rohstoffe, Nahrungsmittel und Textilwaren für den eigenen oder ihrer nächsten Familienmitglieder Bedarf beschlagnahmten.⁴⁴ Das Ausmaß dieser Räuberei, die offiziell von den deutschen Behörden nicht toleriert war, ist wegen der ziemlich häufigen Nichtbenachrichtigung der Besatzungsverwaltung aus Angst vor Rache der Täter nicht zu bestimmen.

Ein wichtiges Bindeglied in der ökonomischen Ausbeutungskette des besetzten Teiles des Polnischen Königreiches war auch die Ausnutzung von Deutschland des vor Ort angetroffenen wirtschaftlichen Produktions- und Dienstleistungspotentials. Der Ausnutzungsgrad dieses Potentials vom Reich war je nach dem Wirtschaftszweig verschieden. Deutsche Behörden legten großen Wert auf die Gewinnung maximaler Menge von den in der Landwirtschaft hervorgebrachten Erzeugnissen, die als „eine ergiebige Hilfsquelle der Nahrungsversorgung für die Reichsbevölkerung“ angesehen wurden.⁴⁵ Um über möglichst große Menge von Lebensmitteln verfügen zu können, führte die deutsche Besatzungsverwaltung das Kontingentsystem in der Landwirtschaft ein, das auf der Festlegung der Größe der Zwangslieferungen bestimmter pflanzlicher und tierischer Lebensmittel für einzelne Bauernhöfe beruhte. Die festgelegte Menge von diesen Produkten mußten die Besitzer der Bauernhöfe zu einem streng festgesetzten Termin unter Androhung von Geld- oder Haftstrafe abliefern. Die Nichterfüllung der auferlegten

⁴² AAN – Das Zivilkabinett des Regentschaftsrates des Polnischen Königreiches (Zit.:ZRPK) Nr. 229, S. 7, 9, 12, 19; AGAD – Der Verwaltungsvorsitzende beim Generalgubernator (Zit.:VbG) Nr. 15; M. Nałęcz-Dobrowolski, *Die Grausamkeiten...*, S. 27.

⁴³ AAN – RK LHA Nr. 526; J. Rutkowski, *Wirtschafts...*, Bd. 2, S. 430.

⁴⁴ AAN – ZRPK Nr. 229, S. 4, Nr. 231, S. 22.

⁴⁵ BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151HB Nr. 1196, S. 50.

Kontingente, im besonderen von den Bauern, kam ziemlich oft vor, daher saß eine verhältnismäßig große Anzahl von Bauernhofbesitzern im Arrest oder zahlte Geldstrafen in Höhe von ein paar Tausend Mark⁴⁶.

Zum Objekt der intensiven ökonomischen Ausbeutung von den Deutschen wurde auch die Forstwirtschaft. Während der Besatzung vom Reich eines Teiles des Polnischen Königreiches wurden insgesamt 36 Mill. Kubikmeter Holz im Wert von 1555 Mill. Mark gefällt, davon wurden 28,4 Mill. Kubikmeter für den Bedarf der deutschen Armee bestimmt. Die deutschen Behörden gewannen überdies im Polnischen Königreich für eigene Zwecke Harz im Wert von 60 Mill. Mark und Baumrinde im Wert von 20 Mill. Mark.⁴⁷ Die deutsche Besatzungsverwaltung nutzte intensiv für ihren eigenen Bedarf den ganzen im Polnischen Königreich angetroffenen Fahrpark, Wagenpark und alle Flußschiffahrtsfahrzeuge aus.⁴⁸

In den deutschen Regierungs- und Wirtschaftskreisen gab es dagegen keine einheitlichen Ansichten bezüglich der Notwendigkeit der Ausnutzung des Industriepotentials vom besetzten Teil des Polnischen Königreiches im Interesse der Kriegswirtschaft des Reiches. Manche Vertreter der Regierungs- und Wirtschaftssphären meinten, die Eroberung von Deutschland eines Teiles der polnischen zur russischen Besatzungszone gehörenden Böden hätte die Stilllegung der für die Reichsunternehmen wettbewerbsfähigen Industriezweige ermöglicht. Demzufolge plädierten sie für die Demontage mancher Industriebetriebe und den Ausfuhr ihrer technischen Einrichtungen ins Reich. Vom teilweisen Sieg derartiger Ansichten zeugt die bereits erwähnte Demontage des Maschinenparks der Lodzer Textilunternehmen und seine Überführung nach Deutschland. Ein Teil der oberschlesischen Bergwerke- und Hüttenwerke-Inhaber beabsichtigte den Eisenhüttenwerken das gleiche Schicksal zu bereiten. Diese Unternehmer richteten am 15. Februar 1915 und 5. Juni 1916 zwei Erklärungen an den Chef der deutschen Zivilverwaltung in Warschau, in denen die Lahmlegung von manchen die Eisenartikel im Polnischen Königreich herstellenden Hüttenwerken und Fabriken, im Interesse der oberschlesischen Industrie, gefordert wurde. Auch die Vertreter der Ostgruppe des deutschen Eisen- und Stahlindustrieverbandes in Kattowitz schickten am 3. Oktober 1916 eine Erklärung an das Kriegsministerium ab, die die Bitte enthielt, den Aufbau mancher Industrieunternehmen im Polnischen Königreich nicht zu genehmigen, weil sie der wirtschaftlichen Entwicklung von Oberschlesien hätten abträglich sein können⁴⁹.

In den deutschen Wirtschaftskreisen erschienen jedoch auch diametral entgegengesetzte Stimmen, die Aufrechterhaltung der Produktionsfähigkeit der ganzen Industrie des Polnischen Königreiches, darunter auch den Wiederaufbau der zerstörten Lodzer Unternehmen und ihre Ausnutzung für die Deckung des

⁴⁶ AAN – ZRPK Nr. 229, S. 7, 12, 17 und 19; Nr. 230, S. 2 und 4.

⁴⁷ AAN – RK LHA Nr. 526.

⁴⁸ AAN – BPK Nr. 44; BA Koblenz – Abteilung Potsdam – AA Nr. 65 602, S. 36f.

⁴⁹ AAN – BPK Nr. 29, S. 1f.

Kriegsbedarfs des Reiches postulierten.⁵⁰ In diesen gegenüberstehenden Ansichten über die weiteren Schicksale des besetzten Teiles des Polnischen Königreiches ist man übereingekommen, den Produktionsgang der Berg- und der meisten Hüttenwerke sowie mancher anderer unentbehrlichster Unternehmen der Verarbeitungsindustrie fortzusetzen. Man machte daraus freilich keinen Hehl, daß sogar unter diesen auserwählten Industriezweigen die Förderung möglichst großer Menge von nutzbaren Mineralien für die deutsche Kriegswirtschaft von Prioritätsbedeutung war. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstellte man die ganze Förderindustrie des besetzten Teiles des Polnischen Königreiches der deutschen Bergwerksverwaltung und gründete am 4. Mai 1915 die Eisenerzverwertungsgesellschaft, die sich mit der Förderung von Eisenerz und Zink beschäftigte und den Aufschluß der so sehr geforderten Rohstoffe betrieb.⁵¹ Trotz angestrebter Bemühungen konnten die deutschen Behörden – wegen der Zerstörung eines Teiles von Bergwerken, Ablösung mancher Vorrichtungen und geringer Arbeitsleistung – das Vorkriegsniveau der Produktion nicht erreichen. Die Kohleförderung im Polnischen Königreich sank z.B. (in Tsd. T.) von 7 im Jahre 1913 auf 6 im Jahre 1914, 5 –1917 und 4,5–1918⁵².

Ein hohes Prozent der in der Besatzungszeit hergestellten Güter sowie der aus der Vorkriegszeit stammenden Vorräte wurde von den deutschen Behörden für die Befriedigung der Bedürfnisse der Reichsbevölkerung, der Armee und der eigenen Besatzungsverwaltung bestimmt. Wir verfügen leider über keine vollständigen statistischen Daten, die die Aufteilung jener Güter unter ihre Benutzer vorstellen könnten. Ansehnliche Mengen verschiedener Artikel wurden ins Reich abtransportiert, was zum Teil (in bezug auf die ganze Besatzungsperiode) die in diesem Text untergebrachte Tabelle veranschaulicht. Außer der in ihr aufgefaßten Güter überführte man nach Deutschland 1916 ungefähr 9,6 T Schotenpflanzen, 9,6 T Mehl und 30,8 T Grütze⁵³, vom 1. April bis 31. August 1918 2 Tsd. T. Käse und im Juli 1918 2500 T. Fleisch⁵⁴. Diese Daten sind nur fragmentarisch, weil diese Artikel auch in übrigen Besatzungsperioden überführt wurden. Überdies schickten die Besatzungsbehörden Holz, Schlachttiere, Fleischprodukte, Früchte, Gemüse und andere Artikel ins Reich ab⁵⁵. Nur in den letzten Monaten des Krieges wurden 112276 Stück Vieh und 21375 Schweine nach Deutschland abtransportiert.⁵⁶ Der Wert der ins Reich überführten Früchte und Gemüse belief sich in den Jahren 1917–1918 auf über 106,3 Mill. Mark.⁵⁷

⁵⁰ BA Koblenz – Nachlass von Beseler Nr. N 30/25, S. 168–181.

⁵¹ AAN – BPK Nr. 30, S. 8.

⁵² B. Zientara, A. Mączak, L. Ihnatowicz, Z. Landau, Die Wirtschaftsgeschichte Polens bis 1939, Warszawa 1965, S. 495.

⁵³ BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151HB Nr. 1077, S. 38.

⁵⁴ AAN – BPK Nr. 24, S. 36; BA Koblenz – Abteilung Merseburg – Rep. 151 HB Nr. 1198, S. 153.

⁵⁵ AAN – BPK Nr. 24, S. 12; RK LHA Nr. 1218.

⁵⁶ J. Holzer, J. Molenda, *Polen im ersten Weltkrieg*, Warszawa 1972, S. 163.

⁵⁷ AAN – BPK Nr. 25, S. 1.

DAS AUSMAß DER ABFUHR MANCHER ARTIKEL NACH DEUTSCHLAND AUS DEM
EROBERTEN TEIL DES POLNISCHEN KÖNIGREICHES WÄHREND DER GANZEN
BESATZUNGSPERIODE

Waresorte	Meßeinheit	Menge der überführten Artikel	Waresorte	Meßeinheit	Menge der überführten Artikel
Brotgetreide	Tsd. T	1200	Eisenerz	Tsd. T.	460
Kartoffeln	Tsd. T.	550	Eisenschrott	Tsd. T.	150
Klee	Tsd. T.	40	Ledergürtel	Güterwagen	100
Zuckerrüben	Tsd. T.	80	Kabel	Güterwagen	100
Butter	Tsd. T.	3	Kohle	Tsd. T.	1400
Zucker	Tsd. T.	25	Silber	T	20
Eier	Mill. Stück	120	Gold	T	6
Wolle	Tsd. T.	17	Maschinen	Tsd. Stück	11
Baumwolle	Tsd. T.	18	Übrige technische Betriebseinrichtung	Tsd. Stück	60
Spinn garn	Tsd. T.	8			
Kleiderstoffe	Mill. M.	80			
Kleider	Tsd. T.	90			

Quelle: Aan – RK LHA Nr. 526; „Auswanderer“, 1923, Nr. 25, S. 10f.; W. Conze, Polnische Nation..., J. Holzer, J. Molenda, Polska..., S. 161.

Mit den zur Verfügung der Besatzungsverwaltung stehenden Gütern wurde auch die deutsche Armee versorgt. Auch zu dieser Frage besitzen wir nur fragmentarische Daten. Auf Grund von diesen Daten ist bekannt, daß für den Bedarf der deutschen Armee im Polnischen Königreich in der ersten Hälfte 1918 120tsd. Stück Vieh und vom August 1916 bis 10. November 1918 14684 Pferdewagen samt 1000 Zubehörteilen, 1076 Schlittenwagen, 72 880 Lederzäume mit 15000 Kettchen, 2065 Ledergeschirre und 19736 Striegel überreicht wurden. Die Armee bekam im Polnischen Königreich auch Getreide, Heu, Fleischprodukte, Geflügel, Eier, pflanzliche Fette, das bereits erwähnte Holz und viele andere Artikel.⁵⁸

Die Bestimmung so großer Mengen verschiedener Artikel für den Bedarf des Reiches und der deutschen Armee zog erhebliche Verringerung der für die Deckung des Bedarfs der unterjochten Bevölkerung, die sich mit spärlichen, manchmal Hungerszuteilungen von Lebensmitteln, befriedigen mußte, vorgesehenen Vorräte nach sich : z.B. in der Mitte 1918 erhielten die Polen im besetzten Teil des Polnischen Königreiches kaum 40 g Fleisch wöchentlich pro Person zugeteilt.⁵⁹ Bei den sehr niedrigen Zuteilungen auch anderer Lebensmittelartikel litt die Bevölkerung des Polnischen Königreiches Hunger.

⁵⁸ AAN – BPK Nr. 12; BA Koblenz – Abteilung Merseburg – Rep. 151HB Nr. 1196, S. 299; Nr. 1198, S. 153.

⁵⁹ BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151HB Nr. 1198, S. 115.

Die ökonomische Ausbeutung von breiten Gesellschaftsschichten im Polnischen Königreich wurde auch dadurch vollzogen, daß man die Steuern immer mehr hochschraubte. Um von der Bevölkerung möglichst viele Geldmittel einziehen zu können, erhöhten die deutschen Behörden einige bisher geltende Abgaben und führten neue Steuern ein. Die Grundsteuer, Einkommenssteuer, Brandentschädigungssteuer und die meisten indirekten Steuern wurden erhöht. Seit 1917 erhob man eine neue Steuer – die Vermögenssteuer. Die deutschen Behörden forderten überdies von der Bevölkerung die Lieferung von Fuhrwerken und Ausführung verschiedener Arbeiten zugunsten der Armee, auferlegten ihr Kontributionen und bestrafte mit Geldbußen, deren Höhe dem begangenen Vergehen oft nicht entsprach. Die Erhöhung der von der Bevölkerung zu entrichtenden Abgaben trug zur Steigerung des Budgeteinkommens bei, von dem man 1917/1918 49% ausschließlich für den Bedarf der Deutschen ausgab. Die letzten hatten noch in diesem Jahr und zum Teil auch in folgenden Jahren an 33% der Budgetausgaben teil.⁶⁰ Auf solche Weise zwangen die Besatzungsbehörden die Bevölkerung des Polnischen Königreiches die Kosten des von Deutschland geführten Krieges zu tragen..

Zu den wichtigen von den Reichszentralbehörden zur Ausführung aufgetragenen Aufgaben der Besatzungsverwaltung des Polnischen Königreiches gehörte auch die maximale Ausnutzung der einheimischen Arbeitskräfte zum Vorteil der deutschen Kriegswirtschaft. Während des Krieges deportierte man aus dem Polnischen Königreich ins Reich über 300 Tsd. polnische Arbeiter, von denen sich kaum die Hälfte zur freiwilligen Ausreise zur Arbeit in Deutschland auf Grund des Versprechens hoher Einkünfte überreden ließ. Für viele arbeitslose, in Not, die u.a. durch die bereits besprochene Zerstörung und Stilllegung von einem Teil der Industrieunternehmen sowie die bewußte Einstellung der Beihilfeauszahlungen hervorgerufen wurde, lebende Arbeiter, war ein solches Versprechen guter Einkünfte für ihren Entschluß zur Aufnahme der Saisonarbeit in Deutschland entscheidend. Große Rolle bei der freiwilligen Rekrutierung spielte die im Polnischen Königreich tätige deutsche Arbeiterzentrale, die sich einzig und allein mit der Werbung der Arbeiter zur Arbeit im Reich beschäftigte. Der ganze Rest, also über 50% der Arbeiter, wurde zur Arbeit in Deutschland unter Zwang eingewiesen. Zu diesem Zweck berief man sich auf die von Beseler am 4. Oktober 1916 erlassene Anordnung der Einführung des Arbeitszwanges im Polnischen Königreich für Männer im Alter von 18 bis 45. Ein Teil von den diesem Zwang unterliegenden Personen wurde im Reich eingestellt. Tausende von polnischen Männern und Frauen kamen ins Reich infolge ihrer Verhaftung in den im Polnischen Königreich öffentlich durchgeführten Fangaktionen und des nächtlichen gewaltsamen Hinaustreibens aus ihren Wohnungen⁶¹.

⁶⁰ AAN – BPK Nr. 33, S. 10; ZRKP Nr. 229, S. 4 und 9; RK LHA Nr.. 526, S. 9; BAK – Abteilung Merseburg Rep 151HB Nr. 1197, S. 498–499; J. Rutkowski, *Die Wirtschaftsgeschichte...*, Bd.2, S. 439f.

⁶¹ AAN – BPK Nr. 15, S. 2; NR. 19, S. 1–12, ZRKP Nr.. 311, S. 1; RK LHA Nr.. 526;

Die Einführung des Arbeitszwanges bezweckte den Bedarf an Arbeitskräften in den für Deutschland wichtigen Wirtschaftszweigen im Polnischen Königreich zu decken und der deutschen Armee Zivilarbeiter für die Ausführung unterschiedlicher Militärarbeiten zu liefern. Ein Teil von den für Deckung des Bedarfs an Arbeitskraft unter Zwang angeworbenen Arbeiter formierte die sog. „Arbeiterbataillone“, deren Bildung die oben genannte Anordnung Beselers vom 4. Oktober 1916 vorgesehen hatte. Insgesamt wurden in diese Bataillone 56tsd. Personen eingezogen, die manchmal sehr brutal behandelt wurden. Der erwähnten Anordnung Beselers zuwider, zwangen die deutschen Behörden des Polnischen Königreiches auch viele ältere Männer, viele Frauen und eine beträchtliche Anzahl von Kindern, häufig schon ab 8. Lebensjahr, die Arbeit aufzunehmen. Diese Arbeitskräfte waren im allgemeinen schlecht bezahlt und behandelt⁶².

Die hier angeführten Tatsachen bestätigen die in vielen polnischen Veröffentlichungen vertretene These von der von Deutschland im besetzten Teil des Polnischen Königreiches geführten Raubwirtschaft, die Gesamtverluste im Wert von ein paar Milliarden damaliger Mark verursachte.

Einstweiliger Staatsrat Nr. 54, S. 7; AGAD – SAGG Nr. 15 und 15f; BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151 HB Nr. 1197, S. 128.

⁶² AAN – BPK Nr. 15, S. 2; RK LHA Nr. 526; BAK – Abteilung Merseburg – Rep. 151HB Nr. 1197, S. 428; J. Rutkowski, *Wirtschaftsgeschichte...*, Bd. 2, S. 425.